Pressemitteilung

Direktion für Kommunikation

Ref: 4119
Tel. +33 (0) 3 88 41 25 60
Fax +33 (0) 3 88 41 39 11
Internet: www.coe.int/de
e-mail: pressunit@coe.int

47 Mitgliedsstaaten

Albanien
Andorra
Armenien
Aserbaidschan
Belgien
Bosnien und Herzegowina
Bulgarien
Dänemark
Deutschland
"Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien"
Estland
Finnland
Frankreich
Georgien
Griechenland
Irland
Island
Italien
Kroatien
Lettland
Liechtenstein
Litauen
Luxemburg
Malta
Moldau
Monaco
Montenegro
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Rumänien
Russland
San Marino
Schweden
Schweiz
Serbien
Slowakei
Slowenien
Spanien
Tschechische Republik
Türkei
Ukraine
Ungarn
Vereinigtes Königreich
Zypern

Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates veröffentlicht neue Berichte über Belgien, Deutschland und die Slowakei

Straßburg, 26.05.2009 - Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates (ECRI) hat heute drei neue Berichte über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz in Belgien, Deutschland und der Slowakei veröffentlicht. In den Berichten stellt ECRI positive Entwicklungen in diesen drei Mitgliedsstaaten des Europarates fest, benennt aber auch Punkte, die weiterhin Anlass zur Besorgnis geben, sagte die Vorsitzende der ECRI, Eva Smith Asmussen.

In **Belgien** wurde 2004 ein föderaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und diesbezüglicher Gewalt verabschiedet, der derzeit umgesetzt wird. Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur Verbesserung des Inhalts und der Umsetzung der Gesetze zur Bekämpfung von Rassendiskriminierung und Rassismus getroffen. Es gibt jedoch immer noch Fälle von Rassendiskriminierung, insbesondere gegenüber Nichtbürgern, Personen mit Migrationshintergrund, Muslimen und Fahrenden in Bereichen wie Zugang zu Arbeit, Bildung und Unterkunft. Rassistische, antisemitische, islam- und fremdenfeindliche Äußerungen einiger Politiker und im Internet geben weiterhin Anlass zur Sorge.

In **Deutschland** hat die Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) den rechtlichen und institutionellen Rahmen gegen Rassismus und Diskriminierung gestärkt. Es gibt Anzeichen für eine Verbesserung des Dialogs mit der Gemeinschaft der Muslime, und die Behörden haben begonnen, das Thema Integration stark zu fokussieren, um Migranten bei der vollständigen Teilhabe an der deutschen Gesellschaft zu unterstützen. Jedoch gibt es weiterhin Berichte über gewalttätige rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Übergriffe und die Unterstützung für Parteien mit rassistischen, antisemitischen oder revisionistischen Haltungen hat zugenommen. Gleichzeitig berichten Angehörigen der muslimischen, türkischen und schwarzen Gemeinschaft sowie der Sinti und Roma von Diskriminierung im täglichen Leben.

In der **Slowakei** wurde 2006 ein neues Strafgesetzbuch verabschiedet, das mehrere Bestimmungen zu rassistisch motivierten Straftaten enthält, und 2004 wurde ein Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet, das Diskriminierung unter anderem aufgrund der Rasse, Religion, nationalen oder ethnischen Abstammung, Hautfarbe oder Sprache verbietet. Die Situation der Roma in den Bereichen Bildung, Unterkunft, Arbeit und Gesundheit bleibt jedoch besorgniserregend und es gibt immer noch Fälle von Polizeigewalt gegen Angehörige dieser Minderheit. Darüber hinaus wurde ein Anstieg rassistischer politischer Äußerungen von einigen Politkern, die sich insbesondere gegen Ungarn aber auch gegen Roma und Juden richten, festgestellt. Im Bereich der Integration von Flüchtlingen sind immer noch Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere mithilfe einer Integrationsstrategie der slowakischen Behörden.

Diese neuen Berichte sind Teil der vierten Monitoring-Runde, bei der die Gesetze, politischen Maßnahmen und die Praxis der Mitgliedsländer des Europarates zur Bekämpfung von Rassismus geprüft werden. Die Länderberichte der ECRI sind auf Englisch, Französisch und der Sprache des jeweiligen Landes verfügbar unter http://www.coe.int/ecri. Bei den Berichten werden alle Mitgliedsstaaten unter dem Aspekt

des Schutzes der Menschenrechte untersucht und alle gleich behandelt.

Die ECRI ist ein unabhängiger Monitoring-Mechanismus des Europarates für Menschenrechte, dessen Schwerpunkt auf der Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz liegt. Sie verfasst Berichte und spricht Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten aus.